

nichts anderes getan haben, als das Potsdamer Abkommen zu verwirklichen. Wir sind bislang über die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens mit keinem Schritt hinausgegangen.

Selbstverständlich bedeutet die reale Herstellung der Einheit Deutschlands sofort die Außerkraftsetzung aller Jener ungesetzlichen Maßnahmen, die Adenauer nicht nur gegen den Willen des deutschen Volkes, sondern sogar auch ohne Kenntnis des Bonner Bundestages getroffen hat. Wir sind uns natürlich dessen bewußt, daß das eine Frage des Kampfes und der Mobilisierung der breiten Massen ist. Denn es ist doch ganz offensichtlich: Adenauer und die hinter ihm stehende Clique wollen nicht die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage; sie wollen den Generalkriegsvertrag mit allen daraus resultierenden Schlußfolgerungen. Das heißt, ohne eine Entfaltung des breiten Massenkampfes in Westdeutschland, der den Widerstand dieser Kreise bricht, ist es überhaupt nicht möglich, die demokratische Einheit Deutschlands herzustellen.

Das heißt, die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands ist eine Frage des Klassenkampfes. Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß ein solcher Kampf um die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands nicht mit einem Schläge die Verhältnisse ändern kann, weder drüben noch hier. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir im Falle der Vereinigung Deutschlands einige Konzessionen machen müssen; denn ohne gegenseitige Zugeständnisse wird es nicht möglich sein, die Einheit Deutschlands herzustellen. Aber wir sind gar nicht einverstanden mit jenen Genossen, die da meinen, daß die Einheit Deutschlands nur in dem Falle hergestellt werden könne, wenn zu gleicher Zeit in beiden Teilen des heute gespaltenen Deutschlands sofort eine einheitliche ökonomische und politische Struktur geschaffen werde. Wir haben ja auch bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik keine einheitliche ökonomische Struktur. Wir haben in unserem volkseigenen Sektor etwas Neues geschaffen. Hier hat die Arbeiterklasse sehr starke Machtpositionen in der Hand. Aber wir haben bei uns auch noch eine privatkapitalistische Wirtschaft sowohl in der Industrie und im Handel wie auch in der Bauernschaft, und wir denken gar nicht daran, diese privatkapitalistische Wirtschaft zu beseitigen.

Genosse Walter Ulbricht hat auf dem 8. Plenum unseres Zentralkomitees mit aller Deutlichkeit erklärt, daß wir keine Politik der Verdrängung des Großbauern, d. h. der praktischen Liquidierung der Großbauern, der kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft, durchführen und daß wir nicht, beabsichtigen, eine zweite Bodenreform durchzuführen. Wer unseren Fünfjahrplan aufmerksam studiert hat, weiß, daß wir nicht die Absicht haben, das Privatkapital in der Industrie zu vernichten, sondern im Gegenteil, das Privatkapital soll im Laufe der nächsten fünf Jahre seine Produktion um 66 Prozent erhöhen. Das ist eine Perspektive, wie sie das Privatkapital in Westdeutschland nicht hat. Aber gleichzeitig besteht unsere Grundlinie darin, den volkseigenen Sektor zu fördern. Wir sehen aus den Erfahrungen unserer Wirtschaftspolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, daß ein solches Nebeneinanderbestehen zweier verschiedener ökonomischer Formationen durchaus möglich ist und daß sich zwischen diesen verschiedenen Formationen ganz bestimmte ökonomische Wechselbeziehungen entwickeln. Damit ist zugleich gesagt, daß das Vorhandensein verschiedener ökonomischer Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland durchaus kein Hindernis für die Herstellung der Einheit Deutschlands ist.

Natürlich darf man dann auch nicht die Auffassung haben, daß die mit der Einheit Deutschlands geschaffenen Verhältnisse ewige Verhältnisse sind. Jeder Marxist weiß doch, daß es ewige Verhältnisse nicht gibt. Die Entwicklung geht natürlich weiter, und es wird von dem Kampf der diese Entwicklung beeinflussenden Kräfte abhängen, in welcher Richtung sich diese Entwicklung vollziehen wird.

OTTO HECKERT • SANDER DROBELA

## Einige Erfahrungen an Regierung der UdSSR

Die Note der Regierung der Sowjetunion an die drei Westmächte mit dem Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland hat unter unserer Bevölkerung eine mächtige Bewegung hervorgerufen wie bisher kein politisches Ereignis seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die zahllosen Selbstverpflichtungen für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1952, für die vorfristige Erfüllung des Ablieferungssolls, für eine sorgfältige und rechtzeitig Durchführung der Frühjahrsbestellung zeigen, daß die Bevölkerung bei solchen bedeutenden politischen Ereignissen in immer breiterem Maße richtige Schlußfolgerungen zieht. Als ein besonderes Zeichen des immer größer werdenden Vertrauens unserer Bevölkerung zur Sowjetunion und ihrer konsequenten Friedenspolitik kann auch die ständig steigende Zahl von Eintritt in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bewertet werden. S traten zum Beispiel allein in Sachsen in den Tagen nach der Veröffentlichung der Note der Sowjetunion 2576 neue Mitglieder der Gesellschaft bei.

Die bisherigen Erfahrungen aus der Agitationsarbeit zeigen, daß alle Kreise unserer Bevölkerung brennend daran interessiert sind, über die Bedeutung des Friedensvertrages mit der Sowjetunion genau informiert zu werden. Darum erwächst der gesamten Partei, vor allem unseren Agitatoren, mehr als bisher die Aufgabe, ständig mit der Bevölkerung in Kontakt zu bleiben, sie — unter dem Gesichtspunkt der großen Bedeutung des Entwurfes eines Friedensvertrages — auch über die Einzelfragen aufzuklären und mit ihr darüber zu diskutieren.

Volksmassen in Bewegung zu bringen, setzt eine ständige beharrliche Überzeugungsarbeit voraus. Es kann deshalb auch nicht anders sein, daß die gesamte politische Massenarbeit der nächsten Wochen und Monate den Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in den Mittelpunkt stellt. Diese Aufgabe wird im Mittelpunkt der Vorbereitung und des Verlaufs der II. Parteikonferenz stehen. An der Erfüllung dieser wichtigsten Aufgabe wird die Reife der Partei und ihre Verbundenheit mit den Massen gemessen, ihre Fähigkeit, diese zu organisieren und zu führen.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß die bisherige Arbeit der Partei, vor allem ihre Agitationsarbeit, beleuchtet werden, um davon ausgehend die notwendigen Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Arbeit zu ziehen.

### Die Parteileitungen erkannten die geschichtliche Bedeutung der Note

Aus den ersten eingeleiteten Maßnahmen der Landes- und Kreisleitungen und der Leitungen der Grundorganisationen ist ersichtlich, daß der Ernst der Situation und die geschichtliche Bedeutung der Note der Sowjetregierung fast überall erkannt wurden. Die Landesleitung Brandenburg allerdings leitete nicht sofort die erforderlichen Maßnahmen ein und konzentrierte nicht alle Kräfte auf die große Aufgabe der Popularisierung und Erläuterung der Note der Sowjetregierung. In Berlin begnügte man sich mit Routineanweisungen.

Aus der Kritik einer Erfurter Agitationsgruppe in der „Täglichen Rundschau“ vom 2. März 1952 und der Antwort